



Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung

Pharmadialog nimmt sichere Arzneimittelversorgung in den Blick

Magdeburg. Auf Einladung des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung und des Verbandes der Chemischen Industrie, Landesverband Nordost (VCI Nordost) haben neben Vertreterinnen und Vertretern der Pharmabranche erstmals auch Repräsentanten gesetzlicher Krankenkassen an einem Pharmadialog teilgenommen.

Gesundheitsministerin Petra Grimm-Benne sagte: „Unser Ziel ist es, die Zusammenarbeit zwischen diesen beiden Akteuren des Gesundheitswesens zu stärken und gemeinsame Schnittmengen auszuloten. Ein gemeinsames Engagement ist entscheidend, um die Qualität und Effizienz der Gesundheitsversorgung im Land zukunftsfest zu gestalten.“ Aus Sicht von Ministerin Grimm-Benne ist eine nationale und vor allem europäische Strategie notwendig, um Lieferengpässe bei Arzneimitteln zu bekämpfen. Sie sicherte den Teilnehmenden zu, weiterhin den Rahmen für einen Austausch bieten zu wollen. „Uns eint schließlich das gemeinsame Anliegen, alle Menschen im Land sicher mit Arzneimitteln zu versorgen“, sagte Grimm-Benne nach dem Pharmadialog, der am Montagabend stattfand.

Nora Schmidt-Kessler, Hauptgeschäftsführerin des VCI Nordost, verdeutlichte den Branchenstandpunkt: „Das starre Vergütungssystem der Rabattverträge und Festbeträge hat dazu geführt, dass sich die Produktion insbesondere von Generika häufig nicht mehr rechnet. Um die Versorgungssicherheit zu gewährleisten, brauchen wir auskömmliche Preise für die heimischen Hersteller. Eine systematische Überprüfung der Ausschreibungskriterien ist daher dringend notwendig, da die Ökonomisierung in diesem Bereich mittlerweile mehr Probleme schafft, als die finanziellen Einsparungen der Kassen ausgleichen können. Neben dem Preis sollten Kriterien wie Produktionsstandort, Qualitäts- und Umweltstandards, Verfügbarkeit und regionale Strukturen ausreichend berücksichtigt werden.“

Susanne Dolfen, Leiterin des Fachbereichs Arzneimittel bei der AOK Sachsen-Anhalt, formulierte die Positionierung der Verbände der Krankenkassen in Sachsen-Anhalt: „Die Herausforderungen, vor denen in Deutschland produzierende Pharmaunternehmen stehen, sind uns bewusst. Doch gleichzeitig müssen wir wirtschaftlich mit den Geldern der Beitragszahlenden umgehen. Eine standortgetriebene Wirtschaftsförderung ist kein Bestandteil unseres Leistungsspektrums. „Zudem stehen neue, teure Gesetzesvorhaben und Regelungen zur Arzneimittelversorgung bevor, die alle das Potenzial haben, die Beitragssätze weiter zu belasten.“ Mehr noch: Ergreife die Bundesregierung nicht bald Maßnahmen, um die steigenden Kosten im Gesundheitswesen in den Griff zu bekommen und die Finanzierung der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) dauerhaft zu stabilisieren, stiegen die Beiträge weiter. „Ein erstes wirksames Mittel zur Entlastung der GKV-Finzen wäre hier beispielsweise das dauerhafte Absenken der Mehrwertsteuer für Arzneimittel auf sieben Prozent“, sagt Dolfen.

Impressum:

Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Gleichstellung
Pressestelle
Turmschanzenstraße 25
39114 Magdeburg

Tel: (0391) 567-4608
Fax: (0391) 567-4622

Mail: ms-presse@ms.sachsen-anhalt.de